



**Pressegespräch
„Zur Lage der Christen im Nahen Osten“
am 3. März 2009**

**Statement von Dr. Otmar Oehring,
Leiter der Fachstelle Menschenrechte,
missio - Internationales Katholisches Missionswerk e.V., Aachen**

Die Medienberichterstattung über den Irak legt die Erwartung nahe, dass sich die allgemeine Lage im Irak soweit verbessert hat, dass man mittlerweile von mehr oder weniger stabilen politischen Rahmenbedingungen ausgehen kann und ein großes Maß von Sicherheit gegeben ist. Anlass für diese Berichterstattung sind nicht zuletzt die sich häufenden Besuche maßgeblicher europäischer Politiker, die bei ihren Besuchen in Bagdad den jeweiligen nationalen Volkswirtschaften den Zugang zum irakischen Markt zu öffnen bzw. wiederzueröffnen suchen.

Stellungnahmen von Kirchenführern aus dem Irak sind weiterhin nicht eindeutig. Bischöfe beklagen einerseits die anhaltende Unsicherheit die den Exodus der Christen befördert und geben andererseits ihrer Hoffnung Ausdruck, dass der Exodus der Christen enden möge. Tatsächlich haben sich die Rahmenbedingungen nur insofern geändert, als die Zahl von Gewaltakten und Opfern solcher Gewaltakte in den letzten Monaten beständig abgenommen hat und sich auf einem vergleichsweise niedrigeren Stand stabilisiert hat. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass es für den Einzelnen unerheblich ist, ob er Opfer eines von 15 Bombenanschlägen oder ob er Opfer eines von drei Bombenanschlägen wird. Für die Christen im Südirak (namentlich in Basra), im Zentralirak (namentlich in Bagdad) und im Großraum Mossul ist der Umstand entscheidend, dass ihnen die ethnische Säuberung in diesen Gebieten de facto die Lebensgrundlagen entzogen hat. Haben etwa im Bagdader Stadtteil Dora vor der Invasion der Koalition der Willigen im Jahre 2003 rund 20000 christliche Familien gelebt, sollen es jetzt gerade noch 500 bis 600 Familien sein.

Es ist kaum zu erwarten, dass die Christen, die aus den genannten Gebieten geflohen sind in diese Gebiete zurückkehren werden. Sie sind vor der täglichen existentiellen Bedrohung geflohen und haben alles verloren. Selbst nach einer völligen Befriedung der Lage in ihren Herkunftsgebieten würden sie bei einer Rückkehr dort nicht mehr leben können. Ihr Hab und Gut ist geraubt worden. Ihre Wohnungen und Häuser haben sich andere angeeignet, die sicher nicht bereit sein werden zurückkehrenden Christen Platz zu machen. Ihre Arbeitsplätze sind von anderen besetzt. Entscheidend ist aber, dass die

Kaiserstraße 161
53113 Bonn

Postanschrift
Postfach 29 62
53019 Bonn

Ruf: 0228-103-0
Direkt: 0228-103-214
Fax: 0228-103-254
E-Mail: pressestelle@dbk.de
Home: <http://www.dbk.de>

Herausgeber
P. Dr. Hans Langendörfer SJ
Sekretär der Deutschen
Bischöflichen Konferenz

geflohenen Christen kein Vertrauen mehr in ihre ehemaligen Nachbarn haben, ein gedeihliches Zusammenleben also kaum mehr vorstellbar ist.

Zudem gibt es auch weiterhin gewalttätige Übergriffe auf Christen. So sind allein in der letzten Februarwoche im Irak sechs Christen getötet worden – drei in Bagdad und drei im Norden des Irak. Diese sechs getöteten Christen sind nicht Opfer der allgemeinen Gewalt geworden, sondern Opfer Ziel gerichteter Angriffe.

Vor diesem Hintergrund stellt sich weiterhin die Frage, was mit der großen Zahl irakischer Flüchtlinge in den Nachbarländern des Irak – darunter rund 180000 bis 200000 Christen - geschehen soll.

Gleichwohl natürlich zu begrüßen ist, dass sich der EU-Innenministerrat im November 2008 auf eine Empfehlung zur Aufnahme von 10000 irakischen Flüchtlingen verständigt hat, von denen Deutschland 2500 aufnehmen will, ist dieses Ergebnis doch in vielerlei Hinsicht völlig unbefriedigend. Nicht nur, weil sie weit hinter der Forderung zurückbleibt, die Bundesrepublik Deutschland möge bis zu 30.000 nicht-muslimische Irakflüchtlinge aufnehmen. Sondern vor allem deshalb, weil die EU-Innenminister selbst eine *fact-finding-mission* entsandt haben, die Anfang November 2008 die Lage der Flüchtlinge in Syrien und Jordanien untersucht hat und mit der Feststellung zurückkam, dass 75.000 besonders schutzbedürftige – und nicht nur nicht-muslimische - Flüchtlinge aufgenommen werden müssten.

Die Lage der Christen im *Heiligen Land* – hier verstanden im biblischen Sinne – kann nicht losgelöst von der politischen Großwetterlage in und um die Region betrachtet werden. Zentral ist dabei nicht nur die weitere Entwicklung des Verhältnisses zwischen dem Staat Israel und den Palästinensern in den formell von der Palästinensischen Autorität kontrollierten Gebieten, sondern auch die weitere Entwicklung des Verhältnisses zwischen dem Staat Israel und Syrien.

In beiden Fällen hängen positive Entwicklungen unmittelbar von der Entwicklung der Außenpolitik der Vereinigten Staaten von Amerika ab. Erste positive Zeichen gibt es diesbezüglich bereits. Von grundlegender Bedeutung wird es sein, dass die US-Administration die künftige israelische Regierung auf geeignetem Wege ermutigt, den Weg zu einer Zwei-Staaten Lösung Israel/Palästina endlich zu beschreiten. Von gleicher Bedeutung wird es aber sein, Syrien aus der selbstgewählten bzw. vom Westen verordneten politischen Isolation zu befreien. Besuche hochrangiger US-amerikanischer Delegationen Ende Februar 2009 in Damaskus nähren die Hoffnung, dass die neue US-Administration wirklich gewillt ist, die außenpolitischen Beziehungen zu Syrien neu zu definieren. In dieser Neuausrichtung der Beziehungen zu Syrien ist tatsächlich ein Dreh- und Angelpunkt für die weiteren Entwicklungen in der Region zu sehen. Syrien ist mit Unterstützung durch den Iran der Pate sowohl der islamistischen Hisbollah im Libanon, als auch der Pate der islamistischen Hamas in den Palästinensergebieten und dort insbesondere im Gazastreifen. Eine Domestizierung von Hisbollah und Hamas ist nur mit Hilfe Syriens zu bewerkstelligen.

Davon hängt aber wiederum eine dauerhafte Friedenslösung zwischen Syrien und Israel und die Befriedung der Region insgesamt ab.

Ohne eine solche Perspektive werden die Christen im Libanon, in Israel und in den Palästinensergebieten auch weiterhin nicht die Sicherheit fühlen, die sie als Voraussetzung für ihren Verbleib benötigen. Der weitere schleichende Exodus der Christen wäre damit unvermeidbar, insbesondere dann, wenn die islamistische Hizbollah und die islamistische Hamas ihren Einfluss in den von ihnen kontrollierten Gebieten bzw. Staaten weiter ausbauen und ihre Einflussgebiete zu Gebieten mit uneingeschränkter Geltung islamischen Rechts fortentwickeln könnten.

Die Bundesregierung ist vor diesem Hintergrund zu ermutigen ihre Haltung insbesondere im Hinblick auf die außenpolitischen Beziehungen zu Syrien im Einklang mit den aktuellen Entwicklungen der US-amerikanischen Syrienpolitik neu auszurichten.